Die Linke
Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

# Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2024

Zwei Themen dominierten die Debatte in der jüngsten StVV: die Verabschiedung des Nachtragshaushalts für das laufende Jahr 2024 und die Einbringung des Haushalts für 2025 durch den Oberbürgermeister (OB) und Kämmerer Thomas Spies; des Weiteren zwei Anträge der CDU/FDP/BfM-Fraktion sowie der MarburgerLinke&Piraten (MLP) jeweils zur Unterbringung von Geflüchteten in Moischt. Zudem standen zur Aussprache zwei Linken-Anträge zu den Themen rund ums Wohnen: Information und Beratung zu Mietpreiserhöhungen und Ferienwohnungssatzung (Konnte aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden.). Eine Reihe weiterer Anträge wurde ohne Beratung im Plenum abgestimmt.

## Einbringungsrede des Haushalts für 2025 und Debatte zum Nachtragshaushalt

Thomas Spies stellte die Eckdaten für die Erträge, die Ausgaben und die Investitionen für das kommende Jahr vor. Üblicherweise findet zu diesem Zeitpunkt noch keine Aussprache statt. Diese folgt in der Dezember-Sitzung zusammen mit der Abstimmung über den Haushaltsentwurf. Bis dahin wird Die Linke sich ausführlich mit den Daten beschäftigen und eigene Anträge einbringen.

Einige Grundsätze der Haushaltsaufstellung wurden allerdings deutlich:

Die Ironie des Schicksals will es, dass die hessische Landesregierung den Nivellierungshebesatz für die Gewebesteuer auf 380 Punkte anheben wird. Das bedeutet, dass Marburg mit dem gesenkten Hebesatz von 357 Punkten weit darunter liegt und „doppelte Umlagen“ (Spies) zahlen müsste, bliebe alles unverändert. Zusammen mit der Grundsteuer will der Magistrat in der November-Sitzung der StVV einen Vorschlag einbringen.

Aufgrund der veränderten finanziellen Rahmenbedingungen hat die Koalition die Festlegung getroffen, dass dem Haushalst 2025 das Ergebnis von 2023 plus „angemessener Inflationsausgleich“ der Maßstab für den neuen Haushalt sein soll.

Ergebnis 2023 heißt aber: Veranschlagte Gelder, die nicht ausgegeben wurden, können wegfallen, sie waren „überflüssig“, sagt Spies; sie waren „aufgebläht“, sagt die rechtskonservative Opposition. Wir alle wissen aber, dass Mittel etwa für Klimaschutz, Radwegebau oder für Schulen und Kitas) sinnvoll geplant waren, aber aus technischen Gründen (Personal- und Fachkräftemangel etc), nicht ausgegeben wurden.

Dies deutet darauf hin, dass für die kommende Haushaltsplanung Stagnation auf schleichend abgesenktem Niveau die Maxime ist.

Diese Auseinandersetzung prägte auch die Diskussion um den Nachtragshaushalt, der wegen sinkender Gewerbesteuereinnahmen notwendig geworden war. In ihrer Rede machte Renate Bastian auf den beschriebenen Mechanismus aufmerksam und fragte, ob „Notwendiges nicht getätigt wurde und jetzt als Überflüssiges umgedeutet werde? Wenn das Schule macht, dann hätten wir eine klammheimliche Absenkung oder gar Aussetzung bereits beschlossener Vorhaben."

Die Linke lehnte ab – aus entgegengesetzten Gründen wie die CDU/FDP/BfM.

Weitere Informationen zum Nachtragshaushalt: https://www.marburg.de/portal/meldungen/marburg-muss-haushalt-2024-nachtraeglich-aendern-900011917-23001.html

Einbringung des Haushalts 2025: https://www.marburg.de/portal/meldungen/ob-spies-bringt-haushaltsentwurf-ein-900012022-23001.html

## Unterbringung von Geflüchteten in Moischt: CDU/FDP/BfM und MLP forderten in getrennten Anträgen eine Halbierung der Plätze.

Maßstab für die Aufnahme von Geflüchteten solle die Zahl der Pflegeplätze in dem früheren Pflegeheim in Moischt sein. Dies war der Kern eines jeweiligen Antrags. Die Ablehnung durch Die Linke begründete Miguel Sanchez. Zunächst bekräftigte er das Menschenrecht auf Asyl und die daraus resultierenden humanitären Verpflichtungen. „Daher erklären wir uns solidarisch mit den Protestierenden, die unter dem Motto „Zusammenhalt statt Hetze – Grundrechte verteidigen!" in Marburg demonstrieren. Und wir wiederholen ihre Forderungen: Wir stehen gegen Grenzschließung, Abschiebeoffensive und die Aushöhlung des Asylrechts! Für die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen und für das Recht auf Asyl, für die Menschenwürde, und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen!"

Konkret argumentierte er: „Nein zur Halbierung der Zahl der unterzubringenden Menschen im Haus Waldblick bzw. ihre Begrenzung auf die Zahl der vorher vorhandenen Pflegeplätze. Hier wird ein Kriterium falsch dargestellt: Die Zahl der Pflegeplätze entspricht den komplexen Bedingungen der Pflege von älteren Menschen. Nicht selten ist sogar der Verlust von Eigenständigkeit. Bei den Menschen, die jetzt untergebracht werden, handelt es sich um Erwachsene, um Familien, die keine Pflege benötigen. Im Gegenteil werden sie Schritt für Schritt immer autonomer und wenn sie den Aufenthaltstitel bekommen, werden sie eine andere Wohnung suchen. Wir fordern deswegen: So viele Menschen wie es möglich ist, unter würdigen Bedingungen aufzunehmen."

Die Linke lehnte die „Obergrenze" für Geflüchtete in beiden Anträgen ab. Bei der MLP gab es einzelne zustimmungsfähige Passagen wie die Bereitstellung von Dolmetschern und soziale Betreuung.

## Linken-Antrag: Information und Beratung bei Mietpreisüberhöhung

Dieser Antrag war bis zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels zurückgestellt worden. Er wurde von Jan Schalauske vorgestellt: „Auch in Marburg gilt: Wer eine Wohnung sucht, muss nicht nur lange suchen, sondern nimmt oft auch sehr hohe Preise oder eine nicht bedarfsgerechte Wohnung in Kauf. Je angespannter der Wohnungsmarkt ist, desto eher besteht die Gefahr, dass Vermieter diese Situation ausnutzen und bei Miethöhen weit über die Stränge geschlagen wird. Der Rechtsstaat hat für den Kampf gegen Mietwucher ein Instrument bereitgestellt: §5 Wirtschaftsstrafgesetz. Demnach handelt ein*e Vermieter*in ordnungswidrig, wenn sie oder er ein geringes Wohnungsangebot dazu ausnutzt, um eine unangemessen hohe Miete zu verlangen. Unsere Fraktion fordert deshalb: Die Universitätsstadt Marburg informiert zukünftig aktiv über den Tatbestand der Mietpreisüberhöhung und berät und unterstützt Mieter*innen, gegen überteuerte Mietpreise vorzugehen, etwa durch die Erstellung eines Informationsblatts, einer „Musteranzeige" und fallbezogen durch Verhandlungen mit den Vermieter*innen." (Wegen Bahnausfällen und familiärer Verpflichtungen wurde seine Rede verlesen.)

Gegenargument der Koalitionsparteien: Zu wenig Personal, Magistrat kann keine rechtliche Vertretung übernehmen – was nicht gefordert war. Antrag abgelehnt.

## Über folgende Anträge wurde ohne Debatte beschlossen:

Magistrat: Förderrichtlinie zur **Förderung der Gründer*innen-Szene**; beschlossen, Enthaltung: Die Linke

**Bürgerbegehren über die geplante Flüchtlingsunterkunft** im ehemaligen Seniorenheim Haus Waldblick; einstimmig als unzulässig zurückgewiesen. Der Antrag enthielt nur einige wenige Unterschriften, ohne die entsprechenden erforderlichen Angaben. Enthaltung AfD

Magistrat: Umsetzung der aktualisierten **Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**; alle stimmen mit Ja, außer AfD

Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa): **Sanierung der Mädchentoilette an der Martin-Luther-Schule**; einstimmig angenommen

KiJuPa: Prüfung des **Autoverkehrs nahe der Leopold-Lucas-Straße**; geändert angenommen

CDU/FDP/BfM: Ersetzung oberirdischer **Altglas-Container** mittels Unterflursysteme; als Prüfantrag einstimmig beschlossen

CDU/FDP/BfM: Pflegepatenschaften für **öffentliche Grünflächen**; geändert einstimmig beschlossen

Die Linke: Geplante **Kürzungen an hessischen Universitäten** verhindern – Sparmaßnahmen würden auch Marburger Philipps-Universität treffen – Einschränkungen im Universitätsbetrieb beeinträchtigen Marburgs Zukunft insgesamt; beschlossen bei Nein-Stimmen von CDU/FDP/BfM, AfD.

Die Linke: **Marburg würdigt im Jahr 2026 den 200. Geburtstag Wilhelm Liebknecht, dessen Studienbeginn sich im selben Jahr zum 180. Mal jährt,** abgelehnt mit der Begründung, W. Liebknecht habe nur kurze Zeit in Marburg gelebt, an diesem Wohnhaus befinde ich bereits eine Tafel, Marburg unterstütze Gießen bei der Würdigung

CDU/FDP/BfM: **Waschsalon für Obdachlose**, abgelehnt mit den Stimmen der Koalition und AfD

CDU/FDP/BfM: **Abi-Ball**; geändert einstimmig beschlossen. Umwandlung in einen Prüfantrag für 2026 unter Einbeziehung aller Schularten

Göttling: nicht kommerzielles **Outdoor-Schlittschuhlaufen**; angenommen gegen CDU/FDP/BfM, AfD

MarburgerLinke & PIRATEN: **Unterstützung von Wohnungslosen**/keine Vertreibung, getrennte Abstimmung nach Absätzen; alle mehrheitlich abgelehnt; Die Linke enthielt sich insgesamt, stimmte aber dem Begehren zu, angemessene Lösungen für Obdachlose bereitzustellen, bis ein Neubau errichtet ist ; setzte sich ebenfalls für die Bereitstellung von Mülleimern und Feuerschalen ein und votierte dafür, nur in absolute notwendigen Fälle Zelte zu räumen.

MarburgerLinke & PIRATEN**: Elektronische ÖPNV-Systeme** in Echtzeit pflegen; nur MLP dafür

Fraktion MarburgerLinke & Piraten: **Verfahren zur repräsentativen Stichprobenziehung** darlegen, Berichtsantrag; einstimmig beschlossen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

**Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske**